

zugunsten kooperativer Beziehungen auf allen Ebenen, wo diese möglich sind: diplomatisch, politisch, wirtschaftlich, psychologisch. Eine solche Friedenspolitik setzt Klarheit der Konzepte und Glaubwürdigkeit der Personen auf beiden Seiten voraus, damit über wechselseitige Berechenbarkeit des Verhaltens hinaus begründetes Vertrauen entsteht. Eine Politik der Rüstungsminderung muß ergänzt werden durch die Planung einer Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecke.

Vernichtungskrieg ist kein Ausweg

Auch die Beachtung dieser Kriterien bietet keine absolute Gewähr dafür, daß Abschreckung verläßlich den Krieg verhütet. Viele Menschen sorgen sich darum, was geschehen würde, wenn die Abschreckung versagen sollte und es zu bewaffneter Auseinandersetzung käme. Sind Waffen, die zur Abschreckung mit dem Ziel der Kriegsverhütung dienen sollen, in einem Krieg überhaupt noch nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel sinnvoll einsetzbar? Ist nicht die Eskalationsgefahr auch eines noch so begrenzten Einsatzes so groß, daß keine Situation denkbar ist, in der der Entschluß zum Atomwaffeneinsatz in Abwägung aller Güter noch verantwortet werden könnte? Im europäischen Bereich stellt sich die Frage auch verschärft im Blick auf die wachsende Zerstörungskraft konventioneller Waffen.

Wir hoffen und beten, daß niemals eine Situation eintre-

ten möge, in der irgend jemand vor solche Entscheidungen gestellt wird. Daraus ergibt sich nochmals und mit höchster Dringlichkeit die Forderung, auf jeder politischen Ebene alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen kriegerischen Konflikt zu verhindern. Der Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt, wie er dem Völkerrecht entspricht, muß als Basis der Stabilität auch in Situationen erhöhter Spannung gelten. Gerade dann darf die Kommunikation beider Seiten keinesfalls abgebrochen werden. Denn jede Seite muß wissen, was die andere will. Vor allem darf es keinen Automatismus geben, der etwa von den vorhandenen Waffensystemen auf die Entscheidungsträger ausgeht. Besonders in Krisenzeiten müssen alle politischen Entscheidungen gründlich und möglichst ohne Zeitdruck geprüft und geplant werden können.

Es kann kein Zweifel bestehen: der Einsatz von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungsmitteln zur Zerstörung von Bevölkerungszentren oder anderen vorwiegend zivilen Zielen ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Vernichtungskrieg ist niemals ein Ausweg, er ist niemals erlaubt. Daß diese Möglichkeit dennoch besteht, zeigt uns die Menschheit in einer Sackgasse, die uns zu mutigem Handeln herausfordert. Ein Ausweg ergibt sich nur in verstärkten Anstrengungen zur politischen Friedenssicherung und fortschreitenden Abrüstung. Staaten und Machtblöcke müssen endgültig lernen, ihre Beziehungen ohne Androhung und Anwendung von Gewalt zu gestalten.

Was will die SPD?

Ein Gespräch mit Hans-Jochen Vogel

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war der große Verlierer der letzten Bundestagswahlen. Die Aussprache über die Regierungserklärung Anfang Mai zeigte unter neuer parlamentarischer Führung aber eine sehr selbstbewußt und zugleich differenzierend argumentierende SPD in der Opposition. Über den Wahlausgang, über die Situation und die Absichten der Partei nach der Wahl sprachen wir mit dem Kanzlerkandidaten und neuen Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Hans-Jochen Vogel. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Dr. Vogel, die SPD hatte unter Ihrer parlamentarischen Führung als Opposition einen guten Start in die neue Legislaturperiode. Sie ist aber bei den letzten Bundestagswahlen im Wähleranteil auf Ergebnisse der sechziger, um nicht zu sagen der fünfziger Jahre zurückgefallen. Wo sehen Sie die Ursachen dafür, und wie wollen Sie aus diesem Keller wieder herauskommen?

Vogel: Es ist richtig, wenn man die Prozentsätze betrachtet, dann liegt das Ergebnis vom 6. März 1983 zwischen dem Ergebnis von 1961 und von 1965, allerdings etwas näher bei dem von 1965, das ist ein empfindlicher Rück-

schlag. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen dafür. Alle Regierungen in westlichen Demokratien unterliegen gerade wegen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse einem Abnutzungsprozeß. In allen uns vergleichbaren Ländern sind in den letzten Jahren die Regierungen abgetreten, und zwar ganz unabhängig davon, welcher Partei diese Regierungen zuzurechnen waren ...

HK: Abgenutzt war 1969, als sie von der sozialliberalen Koalition abgelöst wurde, auch die Union, aber sie verfügte damals immer noch über einen Stimmenanteil von gut 46 Prozent.

Vogel: ... der dann 1972 auf 44,9 Prozent sank ...

HK: Das war die große Ausnahme, die dann 1976 wieder korrigiert wurde. Und selbst die 44,9 von 1980 zeigten noch ein wesentlich höheres Niveau an als das jetzige SPD-Ergebnis. Hat man zur Zeit der sozialliberalen Koalition in der Partei, aber auch in der Öffentlichkeit zu sehr übersehen, daß die SPD im Gebiet der Bundesrepublik traditionell eigentlich schon seit der Weimarer Zeit typische Minderheitspartei ist?

Vogel: Sie machen es mir etwas schwierig, weil Sie mit der zweiten Frage kommen, bevor ich die erste auch nur ansatzweise beantwortet habe ...

„Union und Grüne haben auf viele Fragen vereinfachte Antworten gegeben“

HK: Es war eine Zwischenfrage zum Stichwort „Abnutzung“.

Vogel: Ich komme auf Ihre Zwischenfrage zurück, möchte aber zunächst meinen Gedankengang im Zusammenhang entwickeln. Ein weiterer Grund für unsere Niederlage war, daß Union und Grüne auf eine ganze Reihe von Fragen sehr vereinfachte Antworten gegeben haben. Nach den Vorstellungen der Union sollte alles wieder so werden, wie es in den fünfziger und frühen sechziger Jahren war: Mehr Wachstum, wieder entschiedeneres Auftreten gegenüber Osteuropa; die Rüstung fortführen, dann werde alles wieder ins Lot kommen. Die Grünen auf der anderen Seite gaben ebenso einfach die radikal entgegengesetzten Antworten. Wir Sozialdemokraten haben erkannt, daß sich grundlegende Änderungen vollziehen. Deshalb können wir nicht die Parole unter die Menschen bringen: Zurück in die Wagenburg. Wir können aber auch nicht utopische Antworten geben, bei denen die Verbindung mit der Realität verlorengeht und der Satz von Max Weber vergessen wird, daß Politik das mühsame Bohren dicker Bretter ist.

HK: Die SPD krankte aber auch – aller Welt sichtbar – an den eigenen Gegensätzen ...

Vogel: Es ist nicht zu leugnen, wir haben Zeiten lebhafter bis erbitterter Diskussionen in den eigenen Reihen hinter uns. Ich sage hinter uns, weil sich ein neuer Konsens zwischen Kontinuität und Perspektive erstmals in den Zeiten unmittelbar vor und nach dem Sturz Helmut Schmidts abzuzeichnen begonnen hat. Dieser Konsens hat dann im Dortmunder Programm einen deutlichen Niederschlag gefunden. Noch ein letzter Punkt: die Union hat diesen Wahlkampf letzten Endes wohl mit der Behauptung so deutlich zu ihren Gunsten entschieden, sie bringe den Aufschwung. Ein Stichwort, das eigentlich immer nur der Regierung zur Verfügung steht, nicht der Opposition ...

HK: So wie der regierenden SPD in Nordrhein-Westfalen 1980 ...

Vogel: Das habe ich oft gesagt, und so ist es auch ... Die Union hat ihren Sieg in dieser Höhe aber auch dem Umstand zu verdanken, daß die deutsche Wirtschaft – sowohl durch Einzelpersonen wie durch Verbände – mit einer Eindeutigkeit für die Union Partei ergriffen hat, wie das seit den fünfziger Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist.

HK: Aber das gleicht sich aus, die SPD ist auch nicht ohne einflußreiche Fürsprecher ...

Vogel: Nein, das gleicht sich nicht aus, und die Wirtschaft ist bei früheren Wahlen, insbesondere 1976 und 1980,

wesentlich differenzierter in Erscheinung getreten. Sie hat damals nicht so entschieden für die Union votiert wie jetzt für die Fortführung der Regierung Kohl. Als Fußnote darf ich anmerken: Trotzdem ist die Union über das Ergebnis des Jahres 1976, als sie nicht mit dem Kanzlerbonus in den Wahlkampf ziehen konnte, nur um 0,2 Prozent hinausgekommen.

HK: Die Wähler wählten wie auch schon 1980 unter Schmidt eine Koalition, und in der Union selbst hatten offenbar die wenigsten Sehnsucht nach der absoluten Mehrheit ...

Vogel: Das war, wie Sie wissen, Gegenstand eines lebhaften Streites in der Union. Und Franz Josef Strauß, der Mann mit der Kutsche, der denkt in diesem Punkt wohl ganz anders als andere in der Union. Der wollte die absolute Mehrheit.

HK: Darf ich meine Zwischenfrage wiederholen: Hat die Partei zur Zeit der sozialliberalen Koalition verdrängt, daß sie in der Bundesrepublik typische Minderheitspartei ist?

Vogel: Das ist wohl richtig. Die Partei ist der absoluten Mehrheit ein einziges Mal nahe gekommen, und das war 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung. Und auch da stimmt es nur, wenn man die Stimmen für die Mehrheitssozialdemokraten und die USPD zusammenrechnet. Aber das ist für uns nichts Neues, und es ändert nichts daran, daß wir von 1966 an 16 Jahre an der Regierung dieses Landes beteiligt waren, davon 13 Jahre als die führende Regierungspartei.

HK: Die SPD konnte regieren, weil sie einen Koalitionspartner hatte. War es deshalb unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Strategie zu vertreten, daß Helmut Schmidt die sozialliberale Koalition so beendete, wie er sie beendet hat, und der FDP überdies wie weiland Kiesinger mit dem Katapult mit der Harke drohte? Der Erfolg solcher Politik war doch sehr kurzfristig.

Vogel: Nein, der Schritt war richtig und notwendig, weil die Koalition in einen Zustand geraten war, in der die FDP sie um fast jeden Preis, auch um den Preis des Bruches dem Wähler gegebener Versprechen, lösen wollte. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik war deshalb nicht mehr möglich. In dieser Situation die Koalition weiter fortzusetzen hätte eine Schädigung der Identität der SPD bedeutet und der FDP-Führung, den Herren Genscher und Lambsdorff, eine Regierung zu ihren Bedingungen beschert.

HK: Ich meinte nicht die Lösung der Koalition selbst, sondern die langfristigen Wirkungen, wenn es für Sie um die Wiedergewinnung der Mehrheitsfähigkeit geht ...

Vogel: Das hängt von der weiteren Entwicklung der FDP ab. Die Möglichkeit mit einer FDP zu koalieren, die sich immer mehr als eine rechte Wirtschaftspartei versteht, die sich mit ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen rechts von erheblichen Teilen der CDU einordnet, sehe ich für

die überschaubare Zukunft nicht. Eine FDP allerdings, in der beispielsweise ein Mann wie Ralf Dahrendorf an Einfluß gewinnt, die wieder an Traditionen eines Friedrich Naumann, eines Thomas Dehler und eines Karl-Hermann Flach anknüpft, eine FDP, in der für eine Hildegard Hamm-Brücher wenigstens in einem Landesvorstand wieder ein Beisitzerplatz offensteht, eine solche FDP würde wieder anders zu beurteilen sein als die, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben.

„Das Bündnis zwischen Arbeitnehmern und Intellektuellen kann die SPD nicht preisgeben“

HK: Sie, Herr Vogel, haben gesagt, die Union habe mit einfachen Parolen die Wahlen gewonnen. Umgekehrt ließe sich argumentieren, in der SPD sei – und sie mache – vieles zu kompliziert. Hat das „Prinzip SPD“, in der Partei „die Pluralität der Gesellschaft abzubilden“ – ich zitiere ein bekanntes Mitglied Ihrer Grundsatzkommission, Herrn Rapp –, nicht mehr funktioniert? Hat die SPD, indem sie es zu vielen Zielgruppen recht machen wollte, mit den vielen „Jeins“ nicht die Wähler und auch sich selbst überfordert?

Vogel: Daß unsere Antworten komplizierter sind als die Antworten der Union, ist wahr; das habe ich in der Aussprache über die Regierungserklärung auch noch einmal deutlich gemacht. Das ändert nichts daran, daß unsere Antworten den Veränderungen der gesellschaftlichen Realität viel eher gerecht werden als der schöne Schein, mit dem die Union für sich Stimmung macht. Was unsere sogenannten Zielgruppen angeht, also die, mit deren Zustimmung wir in erster Linie rechnen, so gab es in der ganzen Geschichte dieser Partei immer ein Bündnis zwischen zwei Gruppen, zwischen den Arbeitnehmern, deren materielle Lage und deren qualitative Lebenssituation verändert werden mußte, und den Intellektuellen, die Gesellschaftspolitik nicht nur als schrittweise pragmatische Verbesserung der Situation verstanden haben, sondern weiterreichende, ethisch fundierte Konzepte für notwendig hielten ...

HK: Ist dieses Bündnis nicht zu schmal für eine Volkspartei?

Vogel: Dieses Bündnis kann die deutsche Sozialdemokratie nicht preisgeben. Man muß allerdings zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiterschaft sich immer weiter differenziert hat und nicht mehr wie zu Beginn des Jahrhunderts oder auch noch nach 1945 als fester Block angesehen werden kann.

HK: Es sieht aber so aus, als ob die SPD unabhängig von den sozialstrukturellen Veränderungen an einer Überlast von Problemgruppen leiden würde, die ihr den Kontakt zur Gesamtbevölkerung verstellen ...

Vogel: Wir sind eine Reformpartei mit einem Konzept, wie ich es gerade geschildert habe, und wir bemühen uns immer wieder um die Erneuerung und Fortschreibung

dieses Konzeptes. Wir sind eine Partei, deren Blick ein Stück weiter in die Zukunft geht als der Blick anderer Parteien. Daß man dabei Gefahr läuft, sich vom Bewußtsein und vom Lebensgefühl breiter Schichten zu stark und zu schnell zu entfernen, daß man in der Darstellung und Umsetzung des richtigen Konzepts Schwierigkeiten hat, ist wohl wahr. Aber es gibt andere große gesellschaftliche Institutionen in unserem Volk, die etwa nach dem Zweiten Vatikanum in der Umsetzung dessen, was dort an erneuerten Konzepten deutlich wurde, vor ähnlichen Problemen gestanden haben. Ich sehe nicht, daß die richtige Antwort auf diese Problematik darin besteht, zu resignieren und sich auf einfache Formeln zurückzuziehen.

HK: Wir sind insgesamt eine Gesellschaft von Minderheiten, das heißt, die Meinungsspektren in politischen, ethischen und weltanschaulichen Fragen sind extrem aufgesplittert. Da hat es eine Partei wie die SPD ebenso schwer, Volkspartei zu sein, wie selbst die katholische Kirche Volkskirche ...

Vogel: Also zunächst einmal wollen wir die Kirche im Dorf lassen. Eine Partei, die 15 Millionen Stimmen bekommen hat, ist natürlich Volkspartei. Es wäre ja ein merkwürdiges Volksverständnis, wenn man sagen wollte, daß eine Partei mit einer so unverändert starken Anhängerschaft nicht ein Abbild unseres Volkes darstellen würde. Zum zweiten: Sie haben natürlich recht. Unser Volk setzt sich aus vielen Minderheiten zusammen, wenn man eine Fülle von Interessenlagen, Wünschen und Vorstellungen als Abgrenzungskriterien heranzieht. Sie haben aber nicht recht, wenn man allein die Kriterien maßgebend sein läßt, die Gewicht haben ...

„Man darf sich die Kriterien nicht in der Tageshektik relativieren lassen“

HK: Und welche Kriterien sind das für Sie im Blick auf die Zukunft Ihrer Partei?

Vogel: Beispielsweise, ob wir eine Politik machen wollen, für die letzten Endes das quantitative „Mehr“ ausschlaggebend ist, oder ob wir eine Politik machen wollen, für die das qualitative „Besser“ den Ausschlag gibt. Ob wir eine Politik machen wollen, die vor Machtverhältnissen rasch resigniert, oder eine Politik, die der sozialen Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert beimißt. Mit diesen Kriterien lassen sich durchaus Mehrheiten bilden. Man darf sich diese großen Kriterien nur nicht in der Tageshektik dadurch relativieren lassen, daß man immer feinere Interessenpunkte zum Gegenstand großer Anstrengungen macht.

HK: Bezogen auf die Bundestagswahl und ihr Ergebnis heißt das, sie wollten und mußten der Öffentlichkeit etwas zumuten, was sich eine Bevölkerung, vor allem in wirtschaftlich schwieriger Lage, kaum zumuten läßt: Aussicht auf Instabilität. Denn ein SPD-Kanzler, der von den Grünen abhängt, hätte Instabilität bedeutet. Das war vielleicht eine Zwangslage, aber doch gewiß ein Faktum.

Vogel: Ich habe nicht Instabilität verheißen; ich habe mit den Parteifreunden darum gekämpft, daß wir so stark wie möglich werden. Wir hatten ja immerhin eine Situation, in der, wenn die beiden kleineren Parteien herausgefallen wären, schon 46,2 bis 46,5 Prozent der Stimmen für eine Mehrheit der Sitze ausgereicht hätten.

HK: Dann hätten Sie aber konsequent und ohne Seitenblicke auf die Grünen und ohne Skrupel wegen des möglichen tatsächlichen Ausgangs die absolute Mehrheit anstreben müssen.

Vogel: Das war kein Widerspruch, sondern unsere Aussage, und um diese Mehrheit haben wir auch gekämpft. Nur können Sie in einem Wahlkampf nicht Fragen, die gestellt werden und die ja auch nicht sinnlos sind, einfach unbeantwortet lassen. Und dazu hat halt auch die Frage gehört, was man denn tun will, wenn eine Zusammensetzung des Bundestages zustande kommt, bei der Herr Kohl nur als geschäftsführender Bundeskanzler hätte weiterarbeiten können. Ich habe ja überall die guten Empfehlungen gelesen, daß eine geschäftsführende Regierung etwas Schlechtes ist. Und das höre ich jetzt weiter in Hessen, daß eine geschäftsführende Regierung etwas Schlechtes ist und daß eine, die sich auf Wahlen stützen kann, etwas Besseres ist. Meine Antwort war: In einer solchen Situation haben wir nicht um grüne Stimmen zu werben oder Bedingungen zu erfüllen, sondern abzuwägen, ob es eine geschäftsführende Regierung Kohl oder ob es einen gewählten Bundeskanzler geben soll.

„Hofiert wird niemand“

HK: Sie haben vorhin festgestellt, die Arbeitnehmerschaft sei nach wie vor tragende Säule der SPD, und zugleich eingeräumt, sie differenziere sich und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung werde kleiner. Nun gab es im Vorvorfeld des Wahlkampfes die Kontroverse Löwenthal-Brandt des Inhalts, die SPD verspiele ihre Zukunft bei der Arbeitnehmerschaft, wenn sie zu sehr Anhänger einer Alternativgesellschaft hofiere ...

Vogel: Das sind die üblichen Klischees, die da aneinandergereiht werden. Es geht nicht ab, ohne daß behauptet wird, es gäbe eine Kontroverse Brandt-Löwenthal, und es geht nicht ab, ohne daß die Vokabel „hofiert“ fällt. Das ist offenbar eine Mode, die ohne diese Klischees nicht auskommt.

HK: Ich wollte Sie fragen, ob dies nicht eine Kontroverse mit ungenügendem Gegenstand war, denn weder jeder Teil für sich noch Arbeiterschaft und Alternative – der Verkürzung der Sache bin ich mir bewußt – zusammen ergeben eine Mehrheit, ebensowenig wie Arbeitnehmerschaft und sensible Intellektuelle. Muß die SPD – ohne an Programmprofil zu verlieren – nicht einfach mehr Bürgerpartei sein?

Vogel: Ja natürlich! Nur ist in der Begeisterung darüber, daß es da und dort Kontroversen gibt, etwas viel Wichtigeres übersehen worden. Nämlich die volle Verständigung

von Eppler und Löwenthal über diese Fragen im letzten Papier der Grundwertekommission „Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins“. Dort wird von Eppler und Löwenthal gemeinsam festgestellt, daß die Grünen Themen angepackt haben, deren Bedeutung kein gutwilliger oder nur halbwegs objektiv denkender Mensch heute leugnen kann. Für unsere Partei und auch für unsere Gesellschaft ist diese Übereinstimmung viel wichtiger. Hofiert wird niemand. Oder hofieren die Bischöfe mit ihrem Ökologie-Papier die Grünen? Oder mit dem, was Kardinal Höffner beispielsweise über die Kernenergie gesagt hat?

HK: Darüber müßte man reden. Es gibt ja gerade unter konservativem Siegel so manche Verwandtschaft ...

Vogel: Aber ich bitte Sie, wir müssen doch Fragen ernst nehmen. Was uns unterscheidet, sind die Antworten. Wir glauben, daß die meisten Antworten, die von den Grünen und Alternativen kommen, die Realität sprengen. Aber um Menschen zu ringen, die erkannt haben, daß neue und gewaltige Herausforderungen unsere Gesellschaft bedrängen, und zu versuchen, die Menschen zu überzeugen, daß die von 120 Jahren geschichtlicher Erfahrung geprägte SPD zur Lösung solcher Probleme fähiger ist als eine neue und sehr instabile Gruppierung, ist das nicht der Sinn von Demokratie? Wer wird denn da hofiert?

HK: Ich wollte auf dem Hofieren gar nicht insistieren. Aber da Sie das letzte Grundwertepapier der Grundsatzkommission erwähnen, der Sie ja auch angehören: Ist es wirklich realistisch, wie es das Papier tut, Arbeiterbewegung des 19. und Alternativbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts nach großen Gemeinsamkeiten abzuklopfen? Trotz aller nüchternen Kritik an der Alternativbewegung scheint mir gerade dieses Papier mehr um den Zusammenschluß bzw. um die Assimilierung beider Bewegungen bemüht zu sein als um Antworten, die die Grünen herausfordern ...

Vogel: Gegen diese Vorwürfe muß ich Löwenthal entschieden in Schutz nehmen. Nichts liegt ihm ferner als all das, was Sie da sagen ...

HK: Löwenthal ist nur ein Mitglied der Grundsatzkommission, wenn auch ein herausragendes ...

Vogel: Ja, aber er ist ein Mann von hoher Souveränität und Unabhängigkeit, und es ist nicht in Ordnung, ihn bei Kontroversen in Anspruch zu nehmen und zu sagen, dies ist Löwenthal, und ein anderes Mal, wenn er zustimmt, zu erklären, er sei ja nur einer von vielen. Wenn er nicht einverstanden wäre, das wissen Sie genauso gut wie ich, würde er sich laut und deutlich artikulieren ...

„Gesellschaftliche Innovation verstehen wir als Teil unserer Identität“

HK: Nun entscheidet sich ja die Zukunft der SPD wahrscheinlich weniger an Persönlichkeiten als an Richtungen und Sachfragen. Sie definieren die SPD in ihrem Ver-

ständnis als Reformpartei, sicher auch als eine Fortschrittspartei. Oder ist das eine Überinterpretation?

Vogel: Nein ...

HK: Manchmal hat man den Eindruck, die Sozialdemokratie verwende den Begriff Fortschritt, der an sich sehr ambivalent ist, so unschuldig unbekümmert wie neoliberale CDU-Leute den Begriff des Marktes. Fortschritt kann ja auf die jeweilige Situation bezogen nur heißen erneuern, Innovationen schaffen, wo es Fehlentwicklungen gibt, Verkrustungen oder Strukturkrisen. Was heißt in dem Sinne für Sie Fortschritt, Innovation: noch mehr Gleichheit und zugleich noch mehr Emanzipation?

Vogel: Wenn man den Begriff Fortschritt verwendet, muß man sich verständigen, was man darunter versteht. Wenn Sie darunter den Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts meinen, der doch geneigt war, jeden Fortschritt, insbesondere jeden technischen, für gut und richtig und hilfreich zu halten, dann ist dies heute nicht mehr die Auffassung der Sozialdemokraten. Wenn Sie es gesellschaftlich verstehen ...

HK: In allererster Linie, ja, das meinte ich mit Innovation.

Vogel: Gesellschaftliche Innovation verstehen wir durchaus als Teil unserer Identität. Konkret bedeutet das, wir müssen Lösungen erarbeiten für drei zentrale Herausforderungen, denen wir uns in dieser Generation erstmals in dieser Schärfe gegenübersehen: Friedenssicherung in einer Welt, die erstmals in der Lage ist, sich selbst zu vernichten; einen die Lebensqualität fördernden Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Technologie, in einer Welt, in der der Mensch sich nicht mehr nur gegen Naturgewalten wehren, sondern die Natur vor Menschengewalt in Schutz nehmen muß; und drittens Politik zu machen für eine Welt, die so rapide geschrumpft ist, daß wir eine beispiellose Intensität der Lebensverflechtungen quer durch die Völker und Kontinente haben.

HK: Wie soll das konkret aussehen?

Vogel: Wenn Sie noch einmal das nachlesen, was ich als Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers gesagt habe, dann sehen Sie, daß das nicht mehr nur Aufgaben sind, die wir erkennen, sondern daß wir bereits konkretisierende Antworten darauf geben. Im übrigen sehe ich, daß dies Felder sind, in denen ja auch die Kirche ihre Kräfte anspannt und zu Aussagen kommt, die einen Entwicklungsschub darstellen. Etwa in der Frage der Beurteilung des gerechten Krieges, der sittlichen Erlaubtheit des Waffeneinsatzes, aber auch in der Beurteilung der Umweltproblematik oder in der Absage des Papstes an eine Verabsolutierung des Wachstums.

HK: Sie haben die Friedenssicherung an die erste Stelle gesetzt. Doch scheint es der SPD gerade hier an Geschlossenheit und Klarheit zu fehlen. Auch entsteht mehr als einmal der Eindruck, sie lasse sich von Ängsten mehr um- und mitreißen, als daß sie sie zu bewältigen sucht.

Ich meine: Friedenssehnsucht ist noch keine Friedenssicherung. Versteht es die SPD, hier entschieden genug zu führen?

Vogel: Das ist mir schwer verständlich. Ich kann kaum nachvollziehen, wie jemand angenehme Empfindungen entwickeln kann, wenn er bei einer Frage von so elementarer Bedeutung, wie sie uns das Wort der deutschen Bischöfe zum Frieden erst wieder vor Augen geführt hat, wie sie das Ringen der amerikanischen Bischöfe deutlich gemacht hat, auf die einfache Formel von Geschlossenheit und Klarheit setzt und es auf den Nenner bringt, man lasse sich von Angst umtreiben. Das ist jedenfalls von dem, was uns wirklich bewegt, meilenweit entfernt und, wenn ich es richtig sehe, wohl auch meilenweit entfernt von dem, was nicht nur uns, sondern evangelische und katholische Christen in einer Weise umtreibt, die weit in die Vergangenheit hinein keine Entsprechung findet.

HK: Bischöfe, Kirchenführungen haben es hier in gewissem Sinne leichter, sie können sich auf prinzipielle Vorgaben, auf die Nennung und Begründung der sittlichen Kriterien beschränken. Parteien aber müssen Ängste politisch bewältigen. Natürlich braucht das Einfühlung, aber auch klare Führung.

Vogel: Angst kann nur bewältigt werden, wenn sie zunächst einmal ins Bewußtsein tritt. Das ist viel besser, als wenn man die Angst unterdrückt, sie diskriminiert und dem starken Menschen das Wort redet, der überhaupt keine Angst kennt. Das ist mit meinem christlichen Verständnis schwer in Einklang zu bringen. Wir wollen sie durch unsere Politik überwinden.

„Wenn das Gesetz des Handelns immer wieder nach München auswandert ...“

HK: Ist die Gegensätzlichkeit zwischen den beiden politischen Lagern in der Sicherheits- und Außenpolitik manchmal nicht etwas künstlich? Würde man die Regierungserklärung und Ihre Antwort darauf in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Substanz vergleichen, gäbe es vermutlich mehr Gemeinsames als Unvereinbares. Übrigens auch in der Deutschlandpolitik ...

Vogel: Die Regierungserklärung ist in der Außenpolitik nicht konkret, sondern blaß und arbeitet mit allgemeinen Begriffen. Infolgedessen ist es schwer, den Gegensatz mit den Texten darzustellen. Aber der Gegensatz besteht in voller Schärfe mit der außenpolitischen Linie des Herrn Strauß. Und leider haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß auf ganz schwierigen Gebieten das Gesetz des Handelns dann, wenn es ernst wird, nicht bei Herrn Kohl, sondern bei Strauß liegt. Herr Kohl hat sich nichts weniger gewünscht, als daß Herr Honecker seinen Besuch absagt. Herr Strauß wollte, daß der Besuch nicht zustande kommt; das Gesetz des Handelns lag bei ihm.

HK: Es würde der SPD nicht wohl bekommen, wollte sie den Faktor Strauß überschätzen ...

Vogel: Herzlichen Dank für diesen Hinweis. Aber diejenigen, die gemeint haben, Herr Strauß hätte kein Stör- und Drohpotential mehr, diejenigen, die sich in Korrespondenzen und Leitartikeln schon ein bißchen über ihn lustig gemacht haben, die sehen der Probe aufs Exempel erst noch entgegen. Das erste Exempel hat jedenfalls gezeigt, daß er zwar nicht in der Lage ist, ein Konzept zu entwickeln, daß er aber im Negativen sehr wohl die Ereignisse bestimmen kann ...

HK: Es ist in Deutschland mehr als in romanischen und angelsächsischen Ländern Tradition, Außenpolitik nicht nur kontrovers auszutragen, sondern das politische Klima außenpolitisch zu polarisieren. Die SPD hat die Westintegration der Bundesrepublik durch Adenauer abgelehnt. Die Union hat die Brandtsche Ostpolitik prinzipiell und nicht nur taktisch bekämpft. Gebracht hat es beiden Richtungen nichts. Ist angesichts der exponierten Lage der Bundesrepublik und Gesamtdeutschlands außenpolitischer Konsens – das schließt ja Rollenteilung nicht aus – erstes Gebot?

Vogel: Dazu, Herr Seeber, hat es gute Ansätze gegeben. Herr Kohl ist ja nicht müde geworden, die Kontinuität seiner Außenpolitik zu betonen. Wenn er die Kraft hat, diese Kontinuität in der Praxis auch wirklich durchzusetzen, dann wird es Felder relativer Übereinstimmung geben. Wenn er die Kraft aber nicht hat und das Gesetz des Handelns immer wieder nach München auswandert, dann wird es Gemeinsamkeit kaum geben. Man kann ja auch die Ohren nicht davor verschließen, daß auch jetzt nach der Regierungserklärung in München noch gesagt wird, man habe in den dreizehn Jahren die von Ihnen zutreffend gewürdigte Ostpolitik bekämpft, um sie im vierzehnten Jahr kontinuierlich fortzusetzen. Und Herr Kohl hatte nicht die Kraft, in der Regierungserklärung zu all dem nur ein Wort zu sagen, nicht ein Wort.

HK: Herr Dr. Vogel, Sie haben als die drei großen Zukunftsaufgaben Ihrer Partei die Friedenssicherung, das Verhältnis Ökologie–Ökonomie–Technologie und politische Folgerungen aus den immer größeren internationalen Verflechtungen genannt. Sozialpolitische Aufgaben im klassischen Sinn waren nicht darunter. Wird nicht eine wirklich innovatorische Politik der Arbeitsgestaltung – nur auf Wachstum hoffen ist wenig hilfreich, aber nur lineare Arbeitszeitverkürzungen, die Sie im Verein mit den Gewerkschaften verlangen, sind auch nicht originell – wieder zu einer klassischen Aufgabe, wenn nicht gar zu einer Jahrhundertherausforderung Ihrer Partei?

Vogel: Das ist nicht nur ein klassisches Gebiet, auf dem sich die SPD bewähren muß, sondern das ist auch ein klassisches Gebiet, auf dem sich ganz konkrete und detaillierte Konzepte entwickelt haben. Wir haben sie im Wahlkampf vertreten, wir vertreten sie weiterhin. Wir würden uns freuen, wenn der versprochene Aufschwung kommt. Eine ganze Reihe von Aktivitäten in dieser Richtung stammen ja noch aus Zeiten der Regierung Helmut Schmidt. Nur selbst wenn dieser Aufschwung kommt, was

keineswegs sicher ist, dann stimmt alle Welt überein, daß sich damit die Arbeitslosigkeit von zwei, manche sagen sogar drei Millionen nicht auflöst.

HK: Ziel einer übergreifenden Beschäftigungspolitik müßte doch wohl nicht einfach Arbeitsumverteilung, sondern eine stärkere Differenzierung des Arbeitslebens, auch in einem neuen Ausgleich von Freizeit und Einkommen, sein.

Vogel: Deswegen sagen wir, wir müssen die Strukturen verändern. Wir müssen in erster Linie die Arbeitszeit verkürzen. Es ist schlechterdings unverantwortlich, daß der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung, der uns seit 1950 begleitet, von den Arbeitgebern ausgerechnet zu dem Zeitpunkt zum Tabu erklärt wird, in dem diese Arbeitszeitverkürzung notwendiger denn je wäre ...

HK: Damit dürften kaum Arbeitsplätze geschaffen werden ...

Vogel: Aber zumindest wird der Abbau verlangsamt. Weiter: Wir werden nicht müde werden zu sagen, daß der Staat da, wo die kleineren Einheiten allein mit dem Problem nicht mehr fertig werden, zum Handeln verpflichtet ist, daß er für Industriebereiche und Regionen, die zusammenzubrechen drohen – also zum Beispiel für den Stahl und die Werften –, Konzepte entwickeln muß und daß er sich auch finanziell und materiell engagieren muß, um sozial verträgliche Übergänge zu ermöglichen. Und wir sagen zum dritten, daß der Staat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hat, sich um die Ausbildungsplätze der Jungen zu kümmern, wenn es Industrie und Wirtschaft allein nicht schaffen.

„Man darf den Schwachen nicht Opfer zumuten, nur weil sie schwach sind“

HK: Eine noch größere Aufgabe wird die Reform des Sozialstaats, die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit unter der Bedingung knappen Geldes. Ich glaube, es besteht Einigkeit zwischen allen politischen Kräften, daß das soziale Netz gesichert, aber nicht nur Überversorgungen abgebaut, sondern dem einzelnen wieder mehr Eigenständigkeit und Selbstvorsorge zugemutet werden soll und kann. Bei der SPD oder jedenfalls bei manchen ihrer Gruppierungen hat man aber den Eindruck, sie denke so sehr versorgungsstaatlich, daß sie in ihrer Sozialpolitik mit dem mündigen Bürger ebenso große Schwierigkeiten hat wie die Kirche gelegentlich mit dem mündigen Christen. Muß hier Ihre Partei als *Volkspartei* nicht umdenken?

Vogel: Dies ist eine Aussage, der ich nur mit Widerstreben folge. Es waren die Sozialdemokraten, die der Industriearbeiterschaft und den breiten Schichten des Volkes überhaupt erst die Voraussetzungen für das Selbstertun erkämpft haben. Es waren die Sozialdemokraten, die gegen den Widerstand leider auch nicht unerheblicher Teile kirchennaher Kreise für viele zunächst das materielle Exi-

stanzminimum erkämpft haben. Infolgedessen sind wir für Belehrungen in dieser Richtung nur mäßig aufgeschlossen.

HK: Wir sprachen von Aufgaben ...

Vogel: Es ist wahr, daß in unserem sozialen System die Professionalisierung und die Bürokratisierung da und dort zu weit fortgeschritten ist, daß man sich damit auseinandersetzen muß, daß man der Befähigung zur Selbsthilfe mehr Raum geben muß. Aber man muß sehr darauf achten, daß man dabei den Schwachen, den Rentnern, den Behinderten nicht Opfer zumutet, nur weil sie schwach sind und sich deshalb weniger wehren können. Oder, daß man, um die Bessergestellten zu schonen, von Gleichmacherei redet.

HK: Aber Sie würden mir zustimmen, daß der Freiheitssicherung für alle nicht mehr in erster Linie durch mehr Gleichheit, sondern stärker durch Entbürokratisierung gedient ist ...

Vogel: Daran ist sicher etwas Richtiges. Aber auch das ist mir ein bißchen pauschal. Wir haben Bereiche – Kleinrentner, Leichtlohngruppen, Sozialhilfeempfänger –, wo die Frage des Existenzminimums und der Armut schon wieder akut wird. Und wir schieben manchmal ein bißchen beiseite, daß in einer Stadt wie Berlin 40 Prozent der Haushalte ein Einkommen von unter 1200,- DM im Monat haben.

HK: Bei 50 Prozent Einpersonenhaushalten ...

Vogel: In der Tendenz ist davon vieles diskussionswürdig. Nur haben wir im Moment eine Stimmungswelle, die mit diesen Stichworten auch Dinge bewirkt, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des Existenzminimums und der sozialen Gerechtigkeit nicht hingenommen werden können.

HK: Das Subsidiaritätsprinzip erfreut sich in der Bundesrepublik gegenwärtig bei allen Parteien besonderer Achtung. Es sieht aber so aus, als wäre dies allseits eine recht einseitige Sympathie. In der Regierungserklärung hieß es fast auf Bildzeitungsformat gebracht: Der einzelne hat Vorrang vor dem Staat. Von Ihrer Erwiderung hatte man den Eindruck, Sie redeten schon von der Umkehrung des Prinzips, noch bevor dieses selbst artikuliert war. Sie sprachen vom zweiten Teil, den das Prinzip habe, daß nämlich die größere Gemeinschaft übernehmen müsse, was die kleinere nicht leisten kann. Also beidseitige Einseitigkeit? Liegt – wenn man Bürokratisierung wirklich abbauen und Eigenständigkeit fördern will – nicht mindestens die Beweislast jeweils bei der größeren Gemeinschaft oder – besser – Institution?

Vogel: Ich kann mir die Formel von den beiden Einseitigkeiten nicht zu eigen machen. Wir haben eine Regierungserklärung gehört, die, wie Sie richtig bemerken, einen Teil des Subsidiaritätsprinzips für das Ganze ausgegeben hat. Demgegenüber habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß es auch noch einen zweiten Teil gibt. Ich ak-

zeptiere den einen Teil, aber ich möchte, daß der zweite Teil nicht vergessen und unter den Tisch gekehrt wird.

HK: Ohne Beweislast bei der größeren Einheit wird daraus rasch eine Umkehrung des Prinzips ...

Vogel: Aber entschuldigen Sie – das scheinen mir sehr abstrakte und schwierige Zugänge zu sein. Brauchen Sie denn in der Frage der Stahlindustrie noch eine Beweislast? Wenn Sie dort in die Betriebe gehen oder mit den Frauen der Werftarbeiter reden, haben Sie Beweise genug. Gehen Sie nur einmal zu Hösch oder zu Klöckner, und gehen Sie einmal zur Maxhütte. Oder reden Sie mit den katholischen Pfarrern, die in diesen Bereichen zu Hause sind. Es ist höchste Zeit, daß Bund und Länder gemeinsam zu einem Konzept kommen und den Leuten Orientierung geben.

„Der humane Aspekt muß auch in diesem Zusammenhang zum Tragen kommen“

HK: Das mit der Beweislast mag ja abstrakt sein, aber es gibt doch Beispiele aus anderen Bereichen: die Überlast seitens der Solidargemeinschaften, der Sozialbürokratien. Zum Beispiel könnte ja die Einführung einer Grundpflichtversicherung, bei der alles übrige der eigenen Planung überlassen wird, durchaus im Sinne einer gesunden Eigenständigkeit und Subsidiarität sein.

Vogel: Ja, ja. Und wer bei dieser eigenen Planung nicht zurechtkommt, dem begegnen wir mit unseres „Herzens Härte“ und sagen ihm: Geh du mal ruhig zur Sozialhilfe. Du warst eben schwach und hast versagt ...

HK: Wir sind schon wieder beim Mißtrauen gegen den mündigen Bürger ...

Vogel: Die Anerkennung des mündigen Bürgers und seiner Verantwortung ist doch nicht schon die Antwort darauf, wie sich die Gemeinschaft zu verhalten hat, wenn ein Glied dieser Gemeinschaft – und sei es durch eigene Schwäche und durch eigenes Versagen – in Not gerät. Da gibt es doch keine einlinige Gesamtantwort. Der humane Aspekt muß doch auch in diesem Zusammenhang zum Tragen kommen.

HK: In dem schon mehrfach erwähnten letzten Grundwertepapier wird ausdrücklich als offizielle Meinung der SPD festgestellt, Subsidiarität bedeute „nicht den prinzipiellen Vorrang privater vor öffentlicher Hilfe“. Die Kirchen dürften mit einem solchen Satz schon vor ihrer Interessenlage her Schwierigkeiten haben. Ist diese Position aber nicht auch in der Sache fragwürdig? Über freie Träger kann der Betroffene doch eher einen Menschen persönlichen Vertrauens finden, das Staatsbürokraten nicht herzustellen vermögen.

Vogel: Ich stimme Ihnen insofern zu, als ein unmittelbarer Kontakt zwischen den Betroffenen, den Verantwortlichen und den Entscheidenden sehr wünschenswert ist. Der Idealfall ist die Identität zwischen Betroffenen, Ver-

antwortlichen und Entscheidenden. Das ist der Genossenschaftsgedanke. Aber nicht akzeptieren kann ich, daß die Grenzlinie zwischen Nähe und Ferne allein zwischen privat und öffentlich verlaufen soll. Es gibt durchaus Möglichkeit, im öffentlichen Bereich Einrichtungen so zu organisieren, daß sie wenigstens dieselbe Nähe bieten, wie es den freien – in Ihrem Fall kirchlichen – Trägern möglich ist. Und es gibt auch dort Bürokratie und ungute Distanz zwischen Betroffenen und Entscheidenden, auch das gehört zur Wahrheit.

„Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß man Selbstverantwortung durch Strafandrohung stärkt“

HK: Herr Dr. Vogel, Ihre Partei hat sehr resolut den § 218 StGB in den Wahlkampf getragen. Das war eigenartig, schon weil mit einer neuerlichen Reform im Ernst nicht zu rechnen war. Aber was verspricht sich die SPD von der Verteidigung der jetzigen Regelung? Unser zivilisatorisches Niveau ist inzwischen doch so, daß selbst dem Bürger aus sozial schwächeren Schichten die Eigenverantwortung auch über die Folgen dessen, was sie als Eheleute oder Geschlechtspartner tun, zugemutet werden kann, ohne daß durch Strafrechtserleichterungen nachgeholfen werden muß. Auch Strafrechtserleichterungen – Einvernehmlichkeit über das Rechtsgut vorausgesetzt – können die Selbstverantwortlichkeit des Subjekts schwächen helfen ...

Vogel: Ich halte es zunächst einmal für einen Irrtum, zu sagen oder zu glauben, daß man die Selbstverantwortung durch Strafandrohung stärkt ...

HK: Ich vermute, der Widerspruch ist nur scheinbar ...

Vogel: Aber Sie haben mich gefragt und ich halte das für einen Irrtum. Und ich halte auch dafür, daß die Kirche

selber von der Inanspruchnahme des weltlichen Arms zur Durchsetzung ethischer und moralischer Vorstellungen immer weiter abgekommen ist. Wenn man bedenkt, daß im Mittelalter schon ein Glaubenswechsel den Ruf nach dem staatlichen Arm ausgelöst hat, dann sieht man, wie weit die Kirche hier fortgeschritten ist. Aber zur Frage § 218 und Wahlkampf: Eine Aussage dazu war notwendig. Ich bin unverändert davon überzeugt, daß die heutige Regelung die Chancen für das ungeborene Leben gegenüber dem Zustand, den wir vor der Reform hatten, verbessert. Ich habe keine Bedenken, das auch anzusprechen. Im übrigen stelle ich heute fest, daß es in all diesen Fragen ungeachtet schärfster Polemik zwischen der Union und uns keinen essentiellen Unterschied gibt. Auch die Union erklärt, daß an dieser Reform nichts geändert wird.

HK: Das war auch schon zu Wahlkampfzeiten so, und es gab in all der Zeit nie eine denkbare Konstellation, die eine neuerliche Änderung wirklich hätte durchsetzen können ...

Vogel: Das ändert nichts daran, daß wir wegen der Reform wütenden Angriffen ausgesetzt waren. Aber lassen wir das. Ich meine, hilfreicher als neuerliche Gesetzesänderungen wird es für den Schutz der Ungeborenen sein, wenn das System der Hilfen, der Beratung erweitert und das Gefühl für die richtige Gestaltung des eigenen Lebens gestärkt wird.

HK: Damit wird die Union zufrieden sein, aber nicht die Kirche, obwohl sie in der Intention sicher mit Ihnen übereinstimmt.

Vogel: Die Zahl der Felder, Herr Seeber, in denen die Nähe zwischen Äußerungen der Kirche und unserer Politik größer ist als die Nähe zwischen den Äußerungen der Kirche und denen der Union, hat inzwischen deutlich zugenommen. Natürlich bleiben aber auch noch einige kontroverse Felder.

Intervention als schlechteste Lösung

Zur Mittelamerika-Politik der USA

Die derzeitige Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten ist, sowohl was das Konzept und die Möglichkeiten, es in die Tat umzusetzen, als auch die bisher geschaffenen Fakten angeht, wenig überzeugend. Der Wille zur „Politik der Stärke“, mit dem Präsident *Ronald Reagan* die amerikanischen Wähler 1980 überzeugen konnte, scheint in den großen außenpolitischen Fragen ungebrochen; seine Mittelamerika-Politik jedoch wird weder vom Kongreß noch von der amerikanischen Öffentlichkeit mitgetragen. Als Reagan am 27. April zu der ungewöhnlichen Maßnahme griff und vor beiden Häusern des Kongresses in einer vom Fernsehen landesweit übertragenen Rede seine Mittelamerika-Politik erläuterte, verließ er die nach dem amerikanischen Präsidialsystem weitgesteckte

Ebene politischen Handelns und trat mit beschwörenden Appellen vor das amerikanische Volk und seine Vertreter. Das war ein offenes Eingeständnis politischer Ohnmacht und der angestrenzte Versuch, auf spektakuläre Weise etwas mehr Handlungsfreiheit zur Durchsetzung seiner Politik zu gewinnen. Die Kontroverse zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß entzündete sich an dem Antrag des Präsidenten, die Militärhilfe für El Salvador im laufenden Haushaltsjahr von 26,3 Millionen auf 110 Millionen US-Dollar zu erhöhen. Für das kommende Haushaltsjahr beantragte seine Administration 600 Millionen Dollar (für den gesamten mittelamerikanischen Raum).

Die ohnehin schwache Unterstützung des Kongresses für